

USA-Staatsvertrag: SVP als Wendehalspartei

Die Schweizer Demokraten (SD) sind einmal mehr enttäuscht über die Haltung der Mehrheit der SVP-Fraktion, welche dem Staatsvertrag mit den USA zustimmen will. Ohne Verzug sollte ein SP / SD-Referendum ins Auge gefasst werden.

Noch vor wenigen Tagen taxierte die SVP richtigerweise die Annahme des USA-UBS-Staatsvertrages als «krasser Verstoss gegen die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und der Rechtssicherheit». Ein solcher Vorgang käme «einem willkürlichen Akt gleich», schrieb die SVP. Offensichtlich kam aber unter dem massiven Druck der UBS-Verantwortlichen am 22. Mai 2010 die unglaubliche 180-Grad-Kehrtwende zustande. Plötzlich wurde der bedingungslose Einsatz für das Bankkündengeheimnis vergessen und in grotesker Weise dem UBS-Staatsvertrag mehrheitlich zugestimmt.

Damit hat sich die SVP zum wiederholten Male in den Dienst der Abzocker gestellt: Nach ihrer 180-Grad-Kehrtwende bei der Abzocker-Initiative, mit welcher sie eine Volksabstimmung über die Vorlage verhindern wollte, schützen sie die gleiche Klientel erneut: Sie wollen nun plötzlich die UBS-Abzocker mit einem Staatsvertrag ohne jegliche Auflagen aus ihrer Verantwortung entlassen, nachdem dieselbe SVP das Abkommen monatelang verteufelt hat.

Die Schweizer Demokraten werden nicht «kippen» und stellen beim Staatsvertrag weiterhin drei zentrale Bedingungen, welche verbindlich an den Staatsvertrag mit den USA geknüpft werden müssen:

1. Hinsichtlich Eigenmittel, Aufsicht und Organisation für systemrelevante Banken schärfere gesetzliche Bestimmungen;
2. Garantie, dass allfällige Verluste aus den toxischen UBS-Papieren bei der Nationalbank dereinst von der UBS getragen werden;
3. Eine Abgabe auf Boni und Löhnen bei systemrelevanten Banken

Die SD rufen zudem die SP dazu auf, den Staatsvertrag mit der UBS ohne vorerwähnte Bedingungen klar abzulehnen. Andernfalls sollte – ohne Berührungsängste – ein gemeinsames SP/SD-Referendum gegen die Vorlage ins Auge gefasst werden.

Schweizer Demokraten (SD)

Bernhard Hess, e. Nationalrat
SD-Geschäftsführer